

Ziel 4



Bildung für alle

Ziel 4

Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

- 4.1 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt
- 4.2 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind
- 4.3 Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten
- 4.4 Bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen
- 4.5 Bis 2030 geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildung beseitigen und den gleichberechtigten Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten
- 4.6 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen lernen
- 4.7 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung
- 4.a Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten

- 4.b** Bis 2020 weltweit die Zahl der verfügbaren Stipendien für Entwicklungsländer, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, die kleinen Inselentwicklungsländer und die afrikanischen Länder, zum Besuch einer Hochschule, einschließlich zur Berufsbildung und zu Informations- und Kommunikationstechnik-, Technik-, Ingenieurs- und Wissenschaftsprogrammen, in entwickelten Ländern und in anderen Entwicklungsländern wesentlich erhöhen
- 4.c** Bis 2030 das Angebot an qualifizierten Lehrkräften unter anderem durch internationale Zusammenarbeit im Bereich der Lehrerausbildung in den Entwicklungsländern und insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern wesentlich erhöhen

Bildung ist ein Menschenrecht und eine zentrale Voraussetzung für die Überwindung von Armut, für menschenwürdige Beschäftigung, verantwortungsvolles Konsumverhalten und ein selbstbestimmtes Leben. Die Agenda 2030 hat dieser Tatsache Rechnung getragen und ihrer Zieldefinition ein ganzheitliches Bildungsverständnis zugrunde gelegt. Es umfasst alle Phasen von der frühkindlichen Erziehung bis zur Erwachsenenbildung und berücksichtigt auch die Qualität und Infrastruktur der Bildung. Damit reicht das Bildungsziel der Agenda 2030 konzeptionell und geographisch weit über frühere Ziele und Strategien hinaus, wie sie sich zum Beispiel in MDG 2 und im globalen Aktionsprogramm „Bildung für alle“ (*Education for All*) widerspiegeln.¹⁷⁰

Der Aktionsrahmen für Bildung 2030

Bereits im November 2015 haben Bildungsminister*innen aus aller Welt ein spezielles Aktionsprogramm zur Umsetzung von SDG 4 vereinbart. Sie verabschiedeten dazu bei der 38. Generalversammlung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in Paris den Aktionsrahmen für Bildung 2030.¹⁷¹ Er sieht eine Vielzahl konkreter Umsetzungsmaßnahmen vor, wie z.B. ein Jahr kostenlose Vorschulbildung, mindestens 12 Jahre freie und öffentlich finanzierte Grund- und Sekundarschulbildung für alle Kinder und Jugendlichen, Alphabetisierungsprogramme zur deutlichen Reduzierung des funktionalen Analphabetismus und eine bessere Anbindung beruflicher Bildung an die Arbeitswelt. Dieser Aktionsrahmen sollte durch entsprechende nationale Programme umgesetzt werden – in Nord und Süd.¹⁷²

170 Vgl. Deutsche UNESCO-Kommission (2017).

171 Vgl. UNESCO (2015a).

172 Umfassende Informationen zur Umsetzung von SDG 4 in Ländern und Regionen sind verfügbar unter <https://sdg4education2030.org>.

In einer speziellen Zielvorgabe (SDG 4.7) verpflichten sich die Regierungen, den Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) künftig verstärkt zu fördern. Die UNESCO hatte hierzu bereits 2014 ein Weltaktionsprogramm vereinbart, das zunächst eine Laufzeit von fünf Jahren hatte. Ab dem Jahr 2020 wird es durch das neue Programm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs“ (ESD for 2030) fortgesetzt (vgl. Kasten 4.1).

Kasten 4.1

BNE 2030 – das neue Aktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Die UNESCO startete im Jahr 2020 ihr neues Programm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs“ (ESD for 2030, oder auf Deutsch BNE 2030).¹⁷³ Es setzt das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) aus den Jahren 2014–2019 fort.

BNE 2030 bestätigt auch für die kommende Dekade die fünf prioritären Handlungsfelder des Weltaktionsprogramms:

Handlungsfeld 1: Politische Unterstützung: Integration des BNE-Konzepts in die Politik in den Bereichen Bildung und nachhaltige Entwicklung, um ein günstiges Umfeld für BNE zu schaffen und systemische Veränderungen zu bewirken

Handlungsfeld 2: Ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen: Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in Bildungs- und Ausbildungskontexte

Handlungsfeld 3: Kompetenzentwicklung bei Lehrenden und Multiplikatoren: Stärkung der Kompetenzen von Lehrenden und Multiplikatoren für effektivere Ergebnisse im Bereich BNE

Handlungsfeld 4: Stärkung und Mobilisierung der Jugend: Einführung weiterer BNE-Maßnahmen für Jugendliche

Handlungsfeld 5: Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene: Ausweitung der BNE-Programme und -Netzwerke auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Regionen.

BNE 2030 berücksichtigt dabei stärker als in der Vergangenheit psychologische Erkenntnisse für eine gelingende individuelle und gesellschaftliche Transformation, notwendige strukturelle Veränderungen und die Auseinandersetzung mit Zielkonflikten sowie neue technologischen Entwicklungen.¹⁷⁴

In Deutschland wird die **Nationale Plattform Bildung für Nachhaltige Entwicklung** die Umsetzung von BNE 2030 begleiten. Sie wurde bereits im September 2015 ins Leben gerufen. Unter Vorsitz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) versammelt sie derzeit 39 Entscheidungsträger*innen aus

173 UNESCO (2019).

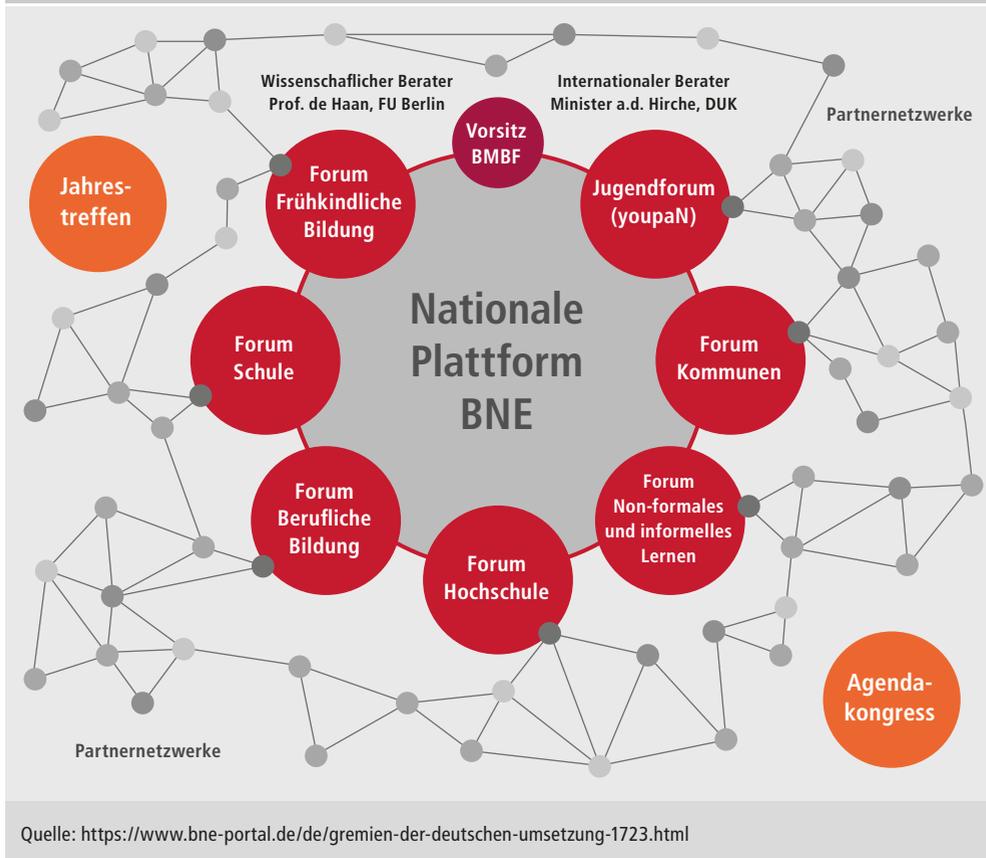
174 <https://www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/unesco-programm-bne-2030>

Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Plattform verabschiedete am 20. Juni 2017 ein Nationaler Aktionsplan BNE für Deutschland (NAP BNE).¹⁷⁵ Er umfasst 130 Ziele und 349 konkrete Handlungsempfehlungen. Sie sollen in den einzelnen Bildungsbereichen dazu führen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung strukturell in der deutschen Bildungslandschaft verankert wird.¹⁷⁶

Mit Blick auf das neue UNESCO-Programm BNE 2030 wird es für die Zeit nach 2020 darum gehen, den Nationalen Aktionsplan weiterhin kontinuierlich umzusetzen, aber auch fortzuschreiben. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit einem dichten Geflecht von thematischen Foren und Partnernetzwerken, das sich rund um die Nationale Plattform BNE seit 2015 gebildet hat (vgl. Abbildung 4.1).¹⁷⁷

Abbildung 4.1

Die Nationale Plattform Bildung für Nachhaltige Entwicklung



175 Vgl. Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (2017).

176 Weitere Informationen dazu unter www.bne-portal.de

177 Vgl. zur aktuellen Gremienstruktur im Bereich BNE in Deutschland: https://www.bne-portal.de/files/Anlage%201_Eckpunktepapier_Gremienstruktur_2020%5b2%5d.pdf

Stagnierende Fortschritte bei der weltweiten Umsetzung von SDG 4

Trotz aller Absichtserklärungen und Aktionsprogramme hatten nach Angaben der UNESCO 2018 weltweit 258 Millionen Kinder und Jugendliche keinen Zugang zur Grund- und Sekundarschule – das entsprach einem Gesamtanteil von 17 Prozent.¹⁷⁸ Die Zahl war seit 1998 kontinuierlich gesunken, im globalen Durchschnitt kamen die Fortschritte aber 2016 zum Stillstand.¹⁷⁹

Der Blick auf die Einschulungsquote allein sagt allerdings noch wenig über die Qualität der Ausbildung und den tatsächlichen Bildungsstand der Bevölkerung aus. Das UNESCO-Institut für Statistik schätzt, dass auch von den Kindern, die in die Grundschule gehen, 387 Millionen oder 56 Prozent nicht über grundlegende Lesefähigkeiten verfügen. Dies trifft auf 81 Prozent der Kinder in Zentral- und Südasien und 87 Prozent der Kinder in Subsahara-Afrika zu, aber auch auf sieben Prozent der Kinder in Europa und Nordamerika.¹⁸⁰ Die Gründe dafür sind vielfältig. Viele der eingeschulten Kinder können nicht regelmäßig zur Schule gehen, weil den Familien die finanziellen Mittel fehlen; viele Lehrer*innen sind unzureichend ausgebildet; und Klassengrößen von zum Teil weit über 40 Kindern pro Lehrer*in erschweren zusätzlich den Lernerfolg (vgl. Abbildung 4.2).

Massive Folgen der Coronakrise

Die COVID-19-Pandemie wird die Umsetzung von SDG 4 zusätzlich erschweren. „Wir waren bereits vor der Pandemie mit einer Lernkrise konfrontiert,“ sagte UN-Generalsekretär António Guterres im August 2020. „Jetzt stehen wir vor einer Generationenkatastrophe, die unermessliches menschliches Potenzial vergeuden, jahrzehntelangen Fortschritt untergraben und tief verwurzelte Ungleichheiten verschärfen könnte.“¹⁸¹

Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie wurden im ersten Halbjahr 2020 weltweit nahezu flächendeckend Schulen und Universitäten vorübergehend geschlossen. Nach Angaben der UNESCO waren davon zeitweise über 1,6 Milliarden Schüler*innen und Studierende in 194 Ländern betroffen.¹⁸² Dies hat soziale und ökonomische Folgen, die weit über den Bildungsauftrag der Schulen und den Zeitraum der eigentlichen Schließungen hinausreichen.¹⁸³ So erhielten beispielsweise aufgrund von Schulschließungen allein im April 2020 370 Millionen Kinder kei-

178 UNESCO (2020a).

179 Vgl. http://bit.ly/GEM2020_Summary_fig2

180 Vgl. <https://www.education-progress.org/en/articles/learning/#4.6.2>

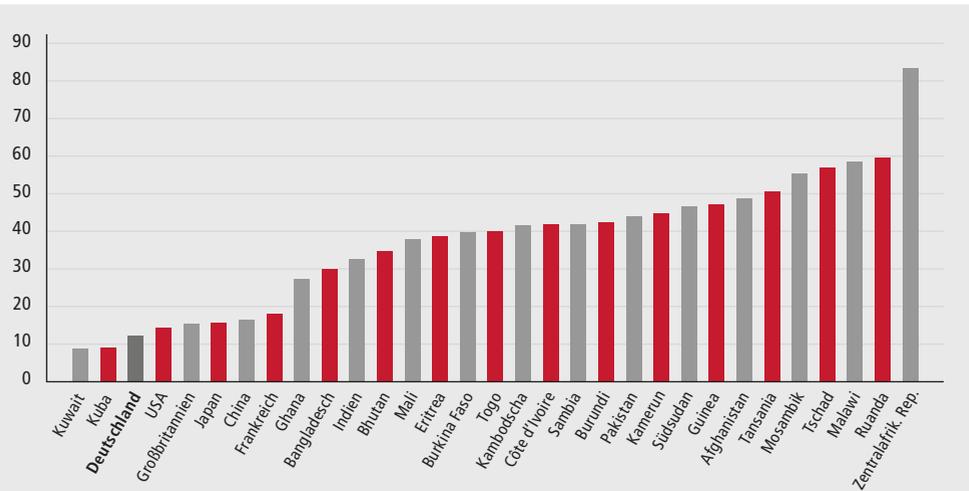
181 <https://en.unesco.org/news/secretary-general-warns-education-catastrophe-pointing-unesco-estimate-24-million-learners-0> (Übersetzung JM)

182 <https://en.unesco.org/covid19/educationresponse>

183 <https://en.unesco.org/covid19/educationresponse/consequences>

Abbildung 4.2

Grundschüler pro Lehrer in ausgewählten Ländern (2018 oder aktuellste verfügbare Daten)



Quelle: <http://data.worldbank.org/indicator/SE.PRM.ENRL.TC.ZS>

ne Schulmahlzeiten. Die UNICEF-Exekutivdirektorin Henrietta Fore warnte in diesem Zusammenhang:

„Schulen sind viel mehr als nur ein Ort des Lernens. Für viele Kinder ist die Schule ein lebenswichtiger Zugang zu Schutz, Gesundheitsversorgung und Nahrung. Wenn wir jetzt nicht handeln – indem wir die lebensrettende Hilfe für die am stärksten gefährdeten Kinder ausbauen – werden die verheerenden Auswirkungen von COVID-19 noch Jahrzehnte zu spüren sein.“¹⁸⁴

Die UNESCO fürchtet, dass etwa 24 Millionen Lernende, von der Vorschule bis zur Universität, Gefahr laufen, nach den Lockdown-Maßnahmen im Jahr 2020 nicht mehr zur Schule zurückzukehren.¹⁸⁵ Verantwortlich dafür sind vor allem sozioökonomische Faktoren. Viele Familien können sich die Ausbildung ihrer Kinder finanziell nicht mehr leisten oder benötigen sie für die Arbeit zu Hause. Auch gesundheitliche Gründe und die Angst vor dem Wiederauftreten des Virus können eine Rolle spielen.

184 <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/unicef-und-wfp-370-millionen-kinder-erhalten-aufgrund-von-schulschlie%C3%9Fungen-keine-schulmahlzeiten-mehr-ihre-zukunft-steht-auf-dem-spiel>

185 UNESCO (2020b).

Zu befürchten sind auch erhebliche Kürzungen bei den Bildungsausgaben. Vorläufigen Prognosen der UNESCO zufolge stehen dafür 2020 weltweit rund 210 Milliarden US-Dollar weniger Mittel zur Verfügung, als dies ohne die Pandemie der Fall gewesen wäre. Sollte es zu einer Verlagerung von Bildungsausgaben zu Gesundheits- und Sozialausgaben kommen und dadurch der Anteil der Bildungsausgaben am BIP um fünf Prozent sinken, könnten die Minderausgaben auf 337 Milliarden US-Dollar steigen.¹⁸⁶

Baustellen im deutschen Bildungssystem

Die Coronakrise hat auch Defizite im deutschen Bildungssystem schonungslos offengelegt. Das betrifft unter anderem den häufig beklagten Investitionsstau bei der Digitalisierung der Schulen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bezifferte den Investitionsrückstand bei Digitalisierung, Neubauten und Reparaturen 2020 auf insgesamt 44,2 Milliarden Euro. Dies stelle vor allem die Kommunen vor eine erhebliche Belastungsprobe. Ihre Planungs- und Investitionsfähigkeit müsse aber gerade in Zeiten von Corona gestärkt werden.¹⁸⁷

Eine besondere Herausforderung besteht für die deutsche Politik weiterhin in der Reduzierung sozialer Ungleichheit im Bildungsbereich. Denn in Deutschland hängt der schulische Erfolg von Kindern stärker von der sozialen Herkunft ab als in vielen anderen Ländern. Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung stellt in ihrem Bericht zur Bildung in Deutschland 2020 fest:

„Im europäischen Vergleich zeigen sich für Deutschland besonders große Unterschiede in der sozialen Herkunft nach Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler: Sowohl Jugendliche der 1. als auch der 2. Zuwanderungsgeneration weisen einen statistisch signifikant niedrigeren sozioökonomischen Status auf als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. (...) Die soziale Herkunft hat 2018 sogar einen größeren Einfluss auf migrationsspezifische Unterschiede in der Lesekompetenz der Jugendlichen als noch 2009.“¹⁸⁸

Die Autorengruppe konstatiert, dass die Coronakrise die Gefahr einer weiteren Schere zwischen sozial benachteiligten und privilegierten Kindern und Jugendlichen vor Augen geführt habe.¹⁸⁹ Die Bildungsforscher Klaus Hurrelmann und Dieter Dohmen bestätigen mit Blick auf die zeitweiligen Schulschließungen, dass Kinder und

186 <https://en.unesco.org/news/global-education-steering-committee-how-make-case-safeguarding-investment-education>

187 <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/klassenzimmer/kfw-44-milliarden-euro-investitionsstau-an-deutschen-schulen-16891030.html>

188 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020), S. 139.

189 Ebd., S. 150.

Jugendliche, die von ihren Eltern beim Fernunterricht unterstützt würden, erheblich bessere Chancen hätten, unbeschadet aus der Krise hervorzugehen, als Schülerinnen und Schüler, deren Eltern dies nicht könnten. Auf Grundlage einer Forsa-Umfrage vom April 2020 stellen sie fest:

„80 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer gehen davon aus, dass die Schulschließungen zu deutlichen Lernrückständen führen und sich die sozialen Ungleichheiten noch weiter verstärken werden. Ungünstige Voraussetzungen multiplizieren sich: Wer die dafür erforderlichen Geräte nicht hat, kann an digitalisiertem Unterricht nicht oder nur eingeschränkt teilnehmen. Wer sich selbst nicht strukturieren kann und keine Eltern hat, die beim häuslichen Lernen motivieren und fachlich unterstützen, lernt weniger als sonst. Der Anteil digitaler Analphabeten ist unter Haupt-, Real- oder Sekundarschülern deutlich höher als unter Gymnasiasten.“¹⁹⁰

Damit es durch die Corona-Krise nicht dauerhaft zu einer erneuten bedrohlichen Schieflage der Bildungschancen komme, seien eindeutige Weichenstellungen notwendig. Dazu gehörten u.a. die verbesserte technische Ausstattung der Schulen, zentrale Online-Lehrangebote und eine systematische Einbeziehung der Mütter und Väter in den Lernprozess ihrer Kinder.

Erforderlich sind dafür aber sowohl erhöhte personelle Kapazitäten in den Schulen als auch zusätzliche Investitionen in die öffentliche Bildungsinfrastruktur. Das gilt allerdings nicht nur für Deutschland, sondern in noch größerem Maße für viele Länder des globalen Südens.

Öffentlicher Investitionsschub statt weitere Privatisierung

Die UNESCO hatte im Aktionsrahmen Bildung 2030 die Mobilisierung heimischer Ressourcen als Schlüsselpriorität für die Verwirklichung von SDG 4 bezeichnet. Sie legte darin zwei Richtwerte für die öffentlichen Bildungsausgaben fest: Mindestens 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder mindestens 15 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben sollten in den Bildungssektor fließen. Von den 141 Ländern, für die für den Zeitraum 2014–2018 Daten vorlagen, erfüllten 47, also ein Drittel, keine der beiden Vorgaben.¹⁹¹ Dazu zählen Länder wie Kambodscha und Uganda. Aber auch in Deutschland sind die öffentlichen Bildungsausgaben sowohl als Anteil des BIP als auch der öffentlichen Gesamtausgaben mit 4,2 Prozent bzw. 9,1 Prozent vergleichsweise niedrig und liegen noch unter dem OECD-Durchschnitt (4,9 Prozent bzw. 10,8 Prozent).¹⁹²

¹⁹⁰ Hurrelmann/ Dohmen (2020).

¹⁹¹ Vgl. UNESCO (2020a), S. 321.

¹⁹² Vgl. OECD (2020a), Daten für 2017. Sie schließen Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie öffentliche Transfer- und sonstige Zahlungen an den nicht im Bildungsbereich tätigen Privatsektor ein.

In zahlreichen Ländern, darunter Botswana, Costa Rica, Frankreich und Slowenien, stagnierten die öffentlichen Bildungsausgaben in den letzten Jahren oder wurden als Folge von Sparmaßnahmen der Regierungen sogar gekürzt.¹⁹³ Spiegelbildlich zur Schwäche der öffentlichen Bildungssysteme erlebten in vielen Ländern private Bildungseinrichtungen einen Boom. Dazu zählen transnationale Unternehmen wie Bridge International Academies, die in Afrika und Indien hunderte von Schulen betreiben.¹⁹⁴

Menschenrechtsgruppen und Gewerkschaften wie Education International befürchten dadurch die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung.¹⁹⁵ Einige von ihnen haben sich im Privatisation in Education and Human Rights Consortium zusammengeschlossen. Aus ihrer Sicht zeigen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in vielen Fällen die Schwächen eines Bildungssystems, das von privaten Akteuren abhängig ist.¹⁹⁶ In vielen Ländern, wie Peru, Pakistan, Indien, und Argentinien standen gewinnorientierte Privatschulen infolge von Corona vor der Schließung, In Kenia, Marokko und Senegal mussten die Regierungen eingreifen, um Privatschulen mit öffentlichen Geldern zu retten.

Als problematisch wird auch die wachsende Rolle von Technologiekonzernen wie Google und Microsoft bei der Digitalisierung des Bildungssektors angesehen. Die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Bildung, Koumbou Boly Barry, warnte in ihrem Bericht zu COVID-19 im Juni 2020:

„Die Digitalisierung des Bildungswesens sollte niemals den Unterricht mit Lehrern vor Ort ersetzen, und das massive Aufkommen privater Akteure durch die Digitaltechnologie sollte langfristig als eine große Gefahr für die Bildungssysteme und das Recht auf Bildung für alle betrachtet werden.“¹⁹⁷

Um das Menschenrecht auf Bildung und die Verwirklichung von SDG 4 zu gewährleisten, ist eine substantielle finanzielle Stärkung der öffentlichen Bildungssysteme erforderlich. Menschenrechtsexpert*innen aus aller Welt unterstrichen dies im Februar 2019 mit der Verabschiedung der *Abidjan Principles on the human rights obligations of States to provide public education and to regulate private involvement in education*.¹⁹⁸

193 Vgl. Ortiz/Cummins (2019), S. 22.

194 <https://www.bridgeinternationalacademies.com>

195 Vgl. dazu auch die Beiträge von Antonia Wulff von Education International in den Berichten Spotlight on Sustainable Development (<https://www.2030spotlight.org/en/sdg/4>).

196 Vgl. <https://gemreportunesco.wordpress.com/2020/10/02/re-building-resilient-education-systems-two-lessons-on-the-privatisation-of-education-and-one-solution-emerging-from-the-covid-19-pandemic/>

197 Vgl. UN Dok. A/HRC/44/39, Summary (<https://undocs.org/en/A/HRC/44/39>) (Übersetzung JM).

198 <https://www.abidjanprinciples.org/>

Mit der gleichen Intention veröffentlichten 190 Organisationen aus 55 Ländern im September 2020 einen Aktionsaufruf zur Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben nach der Coronakrise.¹⁹⁹ Sie appellieren an die Politik:

„Wir brauchen politischen Willen, mutige Lösungen und dringende Maßnahmen, um zu verhindern, dass diese Gesundheitskrise eine Bildungskatastrophe auslöst, die die Lebensperspektiven einer ganzen Generation von Kindern beeinträchtigen könnte.“²⁰⁰

199 <https://actionaid.org/stories/2020/190-organisations-join-our-call-increased-funding-education-post-covid>

200 <https://actionaid.org/sites/default/files/publications/Call%20to%20action%20on%20domestic%20financing%20of%20education%20WITH%20SIGN%20ONS.pdf> (Übersetzung JM).